Rechtsmittelgründe und wesentliche Argumente

Das vorliegende Rechtsmittel stützt sich ausschließlich auf einen einzigen Rechtsmittelgrund: einen Verstoß des Gerichts erster Instanz gegen das Gemeinschaftsrecht in den Randnummern 26 bis 48 des angefochtenen Urteils. Im Einzelnen ist der Rechtsmittelführer der Auffassung, dass das Gericht erster Instanz eine unrichtige Auslegung des in Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a zweiter Gedankenstrich des Anhangs VII des Statuts enthaltenen Begriffs „Lage ... die sich aus dem Dienst für einen anderen Staat ... ergibt“ vorgenommen habe.

Rechtsmittel des Rafael De Bustamante Tello gegen das Urteil des Gerichts erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften (Erste Kammer) vom 25. Oktober 2005 in der Rechtssache T-368/03, Rafael De Bustamante Tello gegen Rat der Europäischen Union, eingelegt am 9. Januar 2006

(Rechtssache C-10/06 P)

(2006/C 60/52)

(Verfahrenssprache: Spanisch)

Rafael De Bustamante Tello hat am 9. Januar 2006 ein Rechtsmittel gegen das Urteil des Gerichts erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften (Erste Kammer) vom 25. Oktober 2005 in der Rechtssache T-368/03, Rafael De Bustamante Tello gegen Rat der Europäischen Union, beim Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften eingelegt. Prozessbevollmächtigte des Rechtsmittelführers sind R. García-Gallardo Gill-Fournier, D. Domínguez Pérez und A. Sazagués Torres, abagados.

Der Rechtsmittelführer beantragt,

1. das Rechtsmittel für zulässig zu erklären;
2. das Urteil des Gerichts erster Instanz (Erste Kammer) vom 25. Oktober 2005 aufzuheben;
3. dem Rat der Europäischen Union die gesamten sich aus dem Verfahren vor dem Gerichtshof ergebenden und im Verfahren vor dem Gericht erster Instanz entstandenen Kosten aufzuerlegen.

Rechtsmittelgründe und wesentliche Argumente

Das vorliegende Rechtsmittel stützt sich ausschließlich auf einen einzigen Rechtsmittelgrund: einen Verstoß des Gerichts erster Instanz gegen das Gemeinschaftsrecht in den Randnummern 25 bis 45 des angefochtenen Urteils. Im Einzelnen ist der Rechtsmittelführer der Auffassung, dass das Gericht erster Instanz eine unrichtige Auslegung des in Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a zweiter Gedankenstrich des Anhangs VII des Statuts enthaltenen Begriffs „Lage ... die sich aus dem Dienst für einen anderen Staat ... ergibt“ vorgenommen habe.

Klage der Kommission der Europäischen Gemeinschaften gegen die Französische Republik, eingereicht am 17. Januar 2006

(Rechtssache C-18/06)

(2006/C 60/53)

(Verfahrenssprache: Französisch)

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat am 17. Januar 2006 eine Klage gegen die Französische Republik beim Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften eingereicht. Bevollmächtigter der Klägerin ist M. Nolin, mit Zustellungsanschrift in Luxemburg.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften beantragt,

1. festzustellen, dass die Französische Republik dadurch gegen die Richtlinie 2004/103/EG der Kommission vom 7. Oktober 2004 zur Regelung der Nämlichkeitskontrollen und Gesundheitsuntersuchungen von in Anhang V Teil B der Richtlinie 2000/29/EG des Rates genannten Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen und anderen Gegenständen, die an einem anderen Ort als dem Ort des Eingangs in das Gebiet der Gemeinschaft oder an einem nahe gelegenen Ort durchgeführt werden können⁽¹⁾, verstoßen hat, dass sie nicht die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen hat, um dieser Richtlinie nachzukommen, oder jedenfalls dadurch, dass sie diese Vorschriften der Kommission nicht mitgeteilt hat;
2. der Französischen Republik die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.

Klagegründe und wesentliche Argumente

Die Frist für die Umsetzung der Richtlinie sei am 31. Dezember 2004 abgelaufen.

⁽¹⁾ ABl. L 313 vom 12.10.2004, S. 16.

Klage der Kommission der Europäischen Gemeinschaften gegen die Französische Republik, eingereicht am 17. Januar 2006

(Rechtssache C-19/06)

(2006/C 60/54)

(Verfahrenssprache: Französisch)

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat am 17. Januar 2006 eine Klage gegen die Französische Republik beim Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften eingereicht. Bevollmächtigter der Klägerin ist M. Nolin, mit Zustellungsanschrift in Luxemburg.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften beantragt,

- festzustellen, dass die Französische Republik dadurch gegen die Richtlinie 2002/89/EG des Rates vom 28. November 2002 zur Änderung der Richtlinie 2000/29/EG des Rates über Maßnahmen zum Schutz der Gemeinschaft gegen die Einschleppung und Ausbreitung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse⁽¹⁾ verstoßen hat, dass sie nicht die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen hat, um dieser Richtlinie nachzukommen, oder jedenfalls dadurch, dass sie diese Vorschriften der Kommission nicht mitgeteilt hat;
- der Französischen Republik die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.

Klagegründe und wesentliche Argumente

Die Frist für die Umsetzung der Richtlinie 2002/89 sei am 31. Dezember 2004 abgelaufen.

⁽¹⁾ ABL L 355 vom 30.12.2002, S. 45.

Klage der Kommission der Europäischen Gemeinschaften gegen das Großherzogtum Luxemburg, eingereicht am 17. Januar 2006

(Rechtssache C-20/06)

(2006/C 60/55)

(Verfahrenssprache: Französisch)

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat am 17. Januar 2006 eine Klage gegen das Großherzogtum Luxemburg beim Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften eingereicht. Bevollmächtigter der Klägerin ist Michel Nolin, Zustellungsanschrift in Luxemburg.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften beantragt,

- festzustellen, dass das Großherzogtum Luxemburg dadurch gegen seine Verpflichtungen aus der Richtlinie 2004/102/EG der Kommission vom 5. Oktober 2004 zur Änderung der Anhänge II, III, IV und V der Richtlinie 2000/29/EG des Rates über Maßnahmen zum Schutz der Gemeinschaft gegen die Einschleppung und Ausbreitung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse⁽¹⁾ verstoßen hat, dass es nicht die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen hat, um dieser Richtlinie nachzukommen, oder sie der Kommission jedenfalls nicht mitgeteilt hat;
- dem Großherzogtum Luxemburg die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.

Klagegründe und wesentliche Argumente

Die Frist für die Umsetzung der Richtlinie 2004/102 sei am 28. Februar 2005 abgelaufen.

⁽¹⁾ ABL L 309, S. 9.

Klage der Kommission der Europäischen Gemeinschaften gegen das Großherzogtum Luxemburg, eingereicht am 17. Januar 2006

(Rechtssache C-21/06)

(2006/C 60/56)

(Verfahrenssprache: Französisch)

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat am 17. Januar 2006 eine Klage gegen das Großherzogtum Luxemburg beim Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften eingereicht. Bevollmächtigter der Klägerin ist M. Nolin, mit Zustellungsanschrift in Luxemburg.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften beantragt,

- festzustellen, dass das Großherzogtum Luxemburg dadurch gegen die Richtlinie 2004/103/EG der Kommission vom 7. Oktober 2004 zur Regelung der Nämlichkeitskontrollen und Gesundheitsuntersuchungen von in Anhang V Teil B der Richtlinie 2000/29/EG des Rates genannten Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen und anderen Gegenständen, die an einem anderen Ort als dem Ort des Eingangs in das Gebiet der Gemeinschaft oder an einem nahe gelegenen Ort durchgeführt werden können⁽¹⁾, verstoßen hat, dass sie nicht die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen hat, um dieser Richtlinie nachzukommen, oder jedenfalls dadurch, dass sie diese Vorschriften der Kommission nicht mitgeteilt hat;
- dem Großherzogtum Luxemburg die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.

Klagegründe und wesentliche Argumente

Die Frist für die Umsetzung der Richtlinie sei am 31. Dezember 2004 abgelaufen.

⁽¹⁾ ABL L 313 vom 12.10.2004, S. 16.